

**Viele Beschäftigte der Baden-Württembergischen Tankstellen fürchten um ihren bisher recht sicheren Arbeitsplatz. Auch die Versorgung mit Kraftstoff in den Nachtstunden scheint in weiten Bereichen Baden-Württembergs gefährdet.**

Hintergrund ist das geplante Verbot des Alkoholverkaufs in der Zeit zwischen 22.00 und 5.00 Uhr. Die Tankstellenmitarbeiter aber auch viele andere Beschäftigte im Einzelhandel oder beispielsweise auch bei Pizzadiensten befürchten, dass ein erheblicher Anteil der Kundschaft in den Nachtstunden wegfallen wird, und somit auch deren Umsatz, der ja nicht nur aus Alkohol, sondern in der Regel auch aus Lebensmitteln, Süßigkeiten, Zigaretten und sonstigen Dingen des täglichen Bedarfs bestand. Als Folge fürchten Sie, dass sich das in der Regel wenig rentierliche Nachtgeschäft für Ihre Arbeitgeber überhaupt nicht mehr rentiert und somit ihrer Arbeitsplätze vernichtet werden. Unisono betonen die Beteiligten, dass es sicherlich angebracht ist, Maßnahmen gegen das sogenannte „Komasaufen“ zu ergreifen. Bisher ist jedoch in keiner Weise untersucht, wann die „Komasäufer“ sich zu ihren Treffen verabreden, und wann oder wo sie sich mit den dazu notwendigen Alkoholika eindecken. Für die betroffenen Arbeitnehmer ist das geplante nächtliche Alkoholverkaufsverbot daher „ein untauglicher Test, Symptome zu kurieren, auf Kosten von 1000 Arbeitsplätzen.“ Ihrer Meinung nach sollte das Geld, das die Bundesagentur für Arbeit zukünftig an sie auszahlen muss, besser dafür verwendet werden, an den Ursachen von „Komasaufen“ und ähnlichen Exzessen zu arbeiten. Die Beschäftigten aber auch viele unbeteiligte in der Auseinandersetzung empfinden es als Zumutung, dass sie von der Landespolitik für ein paar Unverbesserliche in Sippenhaft genommen werden. Ein Denkendorfer Tankstellenmitarbeiter meinte dazu: „Die Politiker denken darüber nach, ob man nicht vielleicht schon mit 16 wählen und über die Zukunft unseres Landes mitbestimmen darf. Aber ich bin mit 51 offensichtlich noch nicht in der Lage, selbst über meinen Konsum zu entscheiden? Wie passt das zusammen.“

Die Politik sorgt sich um die Entwicklung der Jugendlichen? Dann soll sie Geld in die Hand nehmen, um den Problemjugendlichen eine Perspektive aufzuzeigen anstatt uns Beschäftigten im Tankstellengewerbe, im Einzelhandel oder bei den Pizzadiensten unsere Perspektive zu nehmen.

Aus diesem Grund **demonstrieren wir am 8. Juli 2009 ab 9.00 Uhr in der Stuttgarter Innenstadt** gegen das geplante Gesetz. Wir starten um 9.00 Uhr am City-Terminal, der sich an der Kreuzung Kronenstraße/Lautenschlagerstraße befindet. Wir laufen dann über die Lautenschlagerstraße, Theodor-Heuß-Straße, Rotebühlplatz, Eberhardstraße und Marktstraße zum Marktplatz, wo wir gegen 09.45 Uhr eine Art Abschlusskundgebung machen werden. Bitte kommen Sie dazu, wer weiß was die Politik sonst als nächstes verbietet.